

öffentlich

Vorlage zur Behandlung im Verwaltungs- und Finanzausschuss

Sitzung am 25.06.2012

TOP 2: Jahresrechnung 2011 und Bewilligung überplanmäßiger Ausgaben sowie Jahresabschluss und Geschäftsbericht 2011 für den Eigenbetrieb "Immobilien der Kreiskliniken" (Vorberatung)

A. Beschlussvorschlag:

Der Verwaltungs- und Finanzausschuss genehmigt folgende überplanmäßige Ausgaben:

1.6510.6710.000	Erstattung Land für Landesbedienstete	48.945,35 €
1.9100.8090.000	Verzinsung Sonderrücklage Rekultivierung	38.388,87 €
mit einer Gesamthöhe von		87.334,22 €

Dem Kreistag wird empfohlen,

1. das Ergebnis der Jahresrechnung 2011 vorbehaltlich der örtlichen Prüfung zu billigen,
2. den Jahresabschluss für den Eigenbetrieb „Immobilien der Kreiskliniken“ für das Jahr 2011 vorbehaltlich der örtlichen Prüfung zu billigen und
4. den Jahresfehlbetrag des Eigenbetriebs "Immobilien der Kreiskliniken" in Höhe von 1.440.307,28 € auf die neue Rechnung vorzutragen.

Anlagen:

öffentlich

Jahresrechnung 2011 und Bewilligung überplanmäßiger Ausgaben sowie Jahresabschluss und Geschäftsbericht 2011 für den Eigenbetrieb "Immobilien der Kreiskliniken" (Vorberatung)

I. Jahresrechnung 2011

a) Vorbemerkungen

Die Jahresrechnung 2011 konnte fristgerecht innerhalb von sechs Monaten nach Ende des Haushaltsjahres, entsprechend der Vorschriften der Gemeindeordnung (GemO) und der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) aufgestellt werden. Sie wird gemäß § 110 GemO dem Rechnungsprüfungsamt zur örtlichen Prüfung vorgelegt. Die Jahresrechnung kann vom Kreistag erst dann endgültig festgestellt werden, wenn der Schlussbericht der örtlichen Prüfung vorliegt. Das Gremium soll im Vorfeld aber bereits über die wesentlichen Ergebnisse der Jahresrechnung informiert werden.

b) Planung 2011

Die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 2011 und der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Immobilien der Kreiskliniken für das Wirtschaftsjahr 2011 wurden am 13.12.2010 vom Kreistag beschlossen. Das Regierungspräsidium hat mit Erlass vom 2.2.2011 die Gesetzmäßigkeit der Satzung und des Wirtschaftsplans bestätigt und den Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 450.000 € sowie die Kreditermächtigung von 9.069.110 € genehmigt.

Die Steuereinnahmen der Gemeinden im Zollernalbkreis sind im Jahr 2009 in Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise drastisch um etwa 18 % gesunken mit entsprechender Wirkung auf das Kreisumlageaufkommen im Jahr 2011. Zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung 2011 musste noch davon ausgegangen werden, dass sich diese Situation erst allmählich wieder erholt. Trotz weiter steigender Kosten insbesondere im Sozialhaushalt wurde mit Blick auf die schwierige Haushaltssituation der Gemeinden auf eine Anhebung des Kreisumlagehebesatzes verzichtet. Mit 26,5 % hatte der Zollernalbkreis zusammen mit dem Alb-Donau-Kreis den niedrigsten Kreisumlagehebesatz. Im Landesdurchschnitt haben sich die Kreisumlagehebesätze 2011 um 2,84 %-Punkte auf 34,27 % erhöht. Im Verwaltungshaushalt ergab sich dadurch nur eine Zuführung zum Vermögenshaushalt in Höhe der ordentlichen Schuldentilgung von 740.000 €. Eine Investitionsrate war nicht möglich. Vielmehr mussten zum Ausgleich des Verwaltungshaushalts Rücklagemittel in Höhe von 2.772.080 € eingeplant werden.

Zum Ausgleich des Vermögenshaushalts war eine weitere Rücklagenentnahme von 955.200 € sowie eine Kreditaufnahme von 9.069.110 € vorgesehen.

c) Entwicklung und wesentliche Ergebnisse



öffentlich

Aufgrund des überraschend schnellen und starken Aufschwungs der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung wurden bereits in der Mai-Steuerschätzung die voraussichtlichen Steuereinnahmen deutlich nach oben korrigiert. Eine weitere deutliche Verbesserung zeigte die Steuerschätzung im November 2011. Für Bund, Länder und Kommunen stellt sich die Einnahmesituation deutlich besser dar. Eine weitere Entspannung ergibt sich durch die rückläufige Arbeitslosigkeit.

Für den Zollernalbkreis hatte dies zur Folge, dass

- **der Rücklage 700.000 € weniger entnommen werden musste und**
- **die Kreditermächtigung konnte um 4.441.673,84 € verringert werden konnte.**

Neben einer Vielzahl kleinerer Verbesserungen waren insbesondere die nachfolgend dargestellten Planabweichungen ergebnisrelevant:

- Beim **kommunalen Finanzausgleich** gab es Mehreinnahmen in Höhe von **rd. 2,9 Mio. €**. So schlugen neben den um **200.000 € höheren Sachkostenbeiträgen**, dem um **50.000 € erhöhten Straßenlastenausgleich** vor allem die höheren **Schlüsselzuweisungen** zu Buche. Diese waren entsprechend den Empfehlungen im Haushaltserlass veranschlagt. Schon nach der Mai-Steuerschätzung konnte mit höheren Einnahmen von rund 1,1 Mio. € für 2011 und einer Nachzahlung von 380.000 € für 2010 gerechnet werden. Nach der November-Steuerschätzung wurden die Kopfbeträge und die Ausschüttungsquote erneut angepasst, wodurch sich die Schlüsselzuweisungen für den Zollernalbkreis um weitere 1,2 Mio. € erhöhten.
- Das **Grunderwerbsteueraufkommen ist 1,115 Mio. €** bzw. 25 % höher als veranschlagt. Im zweiten Halbjahr sind die Zahlungseingänge stark angestiegen. Nachdem die Erhöhung des Steuersatzes angekündigt war hat dies sicherlich dazu geführt dass viele Grundstücksgeschäfte vorgezogen wurden. Mittlerweile hat sich das Aufkommen wieder auf das frühere Niveau eingependelt.
- Die **Gebühreneinnahmen der staatlichen unteren Verwaltungsbehörde** lagen **insgesamt um ca. 336.000 € höher** als geplant. Insbesondere die Bereiche Vermessung mit rund 208.000 €, Zulassungsstellengebühren mit rund 78.000 € und aus dem Bereich Recht und Ordnung mit über 38.000 € trugen dazu bei.
- Mit insgesamt 28.760.184 € lagen die **Personalausgaben um rund 303.000 € also ca. 1 % unter den Planansätzen**. Einsparungen konnten durch zeitweise Nichtbesetzung von Stellen, Besetzung von Beamtenstellen mit Beschäftigten, Altersteilzeit, und längere Krankheitsfälle erzielt werden.
- Bei den sozialen Leistungen haben sich teilweise erhebliche Verschiebungen bei den einzelnen Hilfearten ergeben. Während z.B. der **Nettoaufwand der**



öffentlich

Jugendhilfe rd. 270.000 € über dem Ansatz liegt, überschritten die **Leistungen für behinderte Menschen den Plan gar um 1.176.000 €.**

Positiv wirkte sich die immer weiter zurück gegangene Arbeitslosigkeit bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende aus. Hinzu kommen weitere Entlastungen durch das Bildungs- und Teilhabepakte des Bundes.

Insgesamt konnte der Sozialhaushalt um rd. 790.000 € entlastet werden.

- Durch die höhere Liquidität konnten insgesamt **220.000 € höhere Zinseinnahmen** erzielt werden.
- **Überplanmäßig wurden dem Zollernalb Klinikum gGmbH 2.500.000 € zur Verlustabdeckung** zugewiesen. Hierfür standen Mittel aus der Rücklage zur Verfügung, die nach dem positiven Rechnungsabschluss 2010 einen entsprechend hohen Bestand aufwies.

Im Vermögenshaushalt sind folgende Planabweichungen relevant:

- Im Rahmen der Haushaltsplanung für 2012 wurde in einer Sitzung der Haushaltsstrukturkommission vorgeschlagen, den **Haushaltsrest von 700.000 € für den Kauf der Straßenmeisterei Lautlingen nicht nach 2012 zu übertragen**, da in 2012 nicht mit einer Entscheidung der Landesregierung bezüglich der Zukunft der Straßenbauverwaltung zu rechnen ist. Durch die Auflösung des Haushaltsrestes verbessert sich Rechnungsergebnis.
- Durch die **vergleichsweise Beilegung eines Rechtsstreits** mit einer Firma, die bei der Sanierung des Krankenhauses Albstadt Putz- und Stuckateurarbeiten durchgeführt hat, werden die dafür vorsichtshalber als Haushaltsrest übertragenen Mittel von **123.000 € nicht mehr benötigt.**
- Für den Umbau und die **Erweiterung der Rossentalschule** wurde in 2011 schon eine erste Rate der **Fördermittel des Landes mit 85.100 €** ausbezahlt. Bei der Planung wurde davon ausgegangen, dass erst in 2012 eine erste Zahlung eingehen wird.

d) Schulden / Rücklagen

Die im Haushalt 2011 eingeplante **Kreditermächtigung kann, wie bereits erwähnt, um 4.441.673,84 € verringert werden.** Da die Liquiditätslage im Jahr 2011 noch keine Kreditaufnahme erforderlich machte, wird die verbleibende Kreditermächtigung in Höhe von 4.627.436,16 € in das Haushaltsjahr 2012 übertragen.

Der tatsächliche Schuldenstand hat sich um die Tilgung auf 14.624.807,33 € verringert.

Die **Allgemeine Rücklage beläuft sich zum 31.12.2011 auf 9.445.005,02 €.**

öffentlich

Davon sind zum Ausgleich des Haushalts 2012 bereits 4.200.000 € verplant, weitere 2.000.000 € für die Zollernbahn zurückgestellt.

e) Ergebnisse im mehrjährigen Vergleich:

	Plan 2011 Euro	Ergebnis 2011 Euro	Ergebnis 2010 Euro	Ergebnis 2009 Euro
Sozialhilfeleistungen Absch. 41-netto-	31.616.000	32.560.624	31.422.127	29.566.754
Eigenanteil SGB II (Hartz IV)	10.245.000	8.638.826	10.748.610	9.918.013
Leist.an Asylbew./Flüchtlinge -netto-	355.250	392.583	329.959	292.060
Jugendhilfe -netto-	11.785.700	12.057.646	11.803.430	11.352.913
Eigenbeteiligung Unterhaltsvorschuss	315.000	247.713	276.297	237.371
Umlage KVJS	530.000	529.691	624.876	585.728
Verlustabdeckung Kreiskliniken	1.907.000	4.406.569	2.139.971	250.243
Personalausgaben	29.063.800	28.760.184	28.192.917	28.026.934
Erstattungen f. Landesbedienstete	552.300	615.123	573.228	551.525
ÖPNV/Schülerbeförderung -netto-	1.796.500	1.728.681	1.681.294	1.555.285
Schlüsselzuweisungen	20.520.000	23.195.205	21.636.740	19.994.471
Kreisumlage	42.758.000	42.759.535	52.168.994	49.318.273
Kreisumlage-Hebesatz	26,50%	26,50%	26,50%	26,50%
Grunderwerbsteuer	4.300.000	5.414.515	4.634.119	4.144.350
Sachkostenbeiträge Schulen	4.398.000	4.596.796	4.554.863	4.559.793
FAG-Zuweisungen Straßen	2.469.150	2.517.380	2.488.290	2.514.690
Gebühreneinnahmen UVB	4.937.200	5.273.358	5.225.959	5.376.125
Vermögenserträge OEW	5.227.200	5.227.200	5.227.200	4.356.000
Zinseinnahmen	200.000	420.491	234.759	615.461
Zuführung zum Vermögenshaushalt	740.000	2.114.679	8.740.605	8.381.001
Netto-Investitionsrate	0	1.374.679	8.305.605	7.517.054
Schuldenstand zum 31.12.		14.624.807	15.364.807	15.799.807

II. Überplanmäßige Ausgaben in der Jahresrechnung 2011

Während des Haushaltsjahres 2011 sind über-/außerplanmäßige Ausgaben entstanden, die weitgehend zeitnah von den zuständigen Gremien genehmigt wurden. Für folgende Überschreitung ist jedoch noch eine Genehmigung einzuholen:

Erstattung ans Land für Landesbedienstete 48.945,35 €

Bei der Planung wurde davon ausgegangen, dass für einen Bediensteten des Landes wegen einer Langzeiterkrankung keine Erstattung mehr an das Land zu zahlen ist, da auch kein Lohn mehr bezahlt werden muss. Aufgrund einer neuen Grundsatzentscheidung des Landes war die Erstattung aber trotzdem zu entrichten.

Verzinsung Sonderrücklage Rekultivierung/Nachsorge 38.388,87 €

öffentlich

Der Stand der Sonderrücklage für die Rekultivierung und Nachsorge der Kreismülldeponie war noch höher als geplant, da durch die Maßnahmen zur Oberflächenabdichtung deutlich weniger Abwassergebühren zu bezahlen sind und somit weniger Kosten für Nachsorge der Rücklage entnommen werden mussten. Daher ist auch die interne Zinsverrechnung mit dem Müllgebührenhaushalt höher als geplant.

öffentlich

IV. Jahresabschluss 2011 und Geschäftsbericht für den Eigenbetrieb „Immobilien der Kreiskliniken“

a) Allgemeines

Aufgabe des Eigenbetriebes ist es, die Immobilien zum Betrieb der Krankenhäuser Albstadt, Balingen und Hechingen bereit zu stellen.

Die für Krankenhauszwecke genutzten Grundstücke und Gebäude werden der Betreiberin, der Zollernalb Klinikum gGmbH kostenlos zur Nutzung überlassen mit der Maßgabe, dass sie insbesondere die laufende Instandhaltung trägt.

Von der Nutzungsüberlassung ausgenommen sind aus steuerlichen Gründen die Kioske/Cafeterien in Albstadt und Balingen.

Aus der Nutzungsüberlassung herausgenommen wurden 2008 die Nebengebäude beim Krankenhaus Hechingen, die seitdem komplett im Eigenbetrieb Immobilien geführt werden und ab 2009 auch der Südflügel des Krankenhauses Hechingen. Der Umbau dieses Gebäudetraktes zur Verwaltungsnutzung erfolgte im Kreishaushalt.

b) Bauliche Maßnahmen

Albstadt

Die Maßnahme Aufstockung und Sanierung konnte in 2011 endgültig abgerechnet werden, nachdem ein Rechtsstreit wegen der Abrechnung des Gipsers mit einem Vergleich abgeschlossen werden konnte. Von den noch zur Verfügung stehenden Mittel konnten 123.000 € an den Kreis zurückgegeben werden.

Balingen

Die Krankenhausbaumaßnahme lief im Jahr 2011 auf Hochtouren. Erfreulich ist es, dass alle Vergaben für den 1. Bauabschnitt im Rahmen des bereitgestellten Budgets erfolgen konnten.

Aufgrund der festgestellten statischen Probleme hat der Kreistag am 25.07.2011 beschlossen, den 2. Bauabschnitt nicht zu sanieren, sondern mit etwas verringerter Kubatur neu zu bauen.

Die Bauausgaben sind noch nicht so schnell abgeflossen wie dies aufgrund des Bauzeitenplanes anzunehmen und zu veranschlagen war. Zum Jahresende 2011 sind rund 41.045.000 € angefallen. Gedeckt ist dieser Betrag durch die Landesförderung, die zu 95 % (31.350.000 €) abgerufen werden konnte, im Übrigen durch Zuweisungen des Trägers aus dem Kreishaushalt.

öffentlich

c) Jahresergebnis 2011

Auf das Jahresergebnis 2011 wirkten sich insbesondere die nachfolgenden Erträge und Aufwendungen aus:

Erträge

Verpachtung Kioske Balingen und Albstadt	24.695,10 €
Vermietung Praxisräume Krankenhaus Hechingen	10.728,00 €
Vermietung Nebengebäude Hechingen an Dritte	83.040,20 €
Vermietung Nebengebäude Hechingen an Landratsamt	19.613,30 €
Vermietung an Forst und Gesundheitsamt Albstadt	34.742,40 €
Nutzungsentschädigung DRK Rettungswache Albstadt	1.983,80 €
Sonstige Erträge	727,48 €

Aufwand:

Verwaltungsaufwendungen	322.979,92 €
Unterhaltung Gebäude	10.553,65 €
Bewirtschaftung Gebäude	62.632,87 €
Abschreibungen und Abgänge auf kreisfinanzierte Investitionen	1.219.671,12 €
(Abschreibungen und Abgänge auf geförderte Investitionen werden durch Ertragsbuchung in Sonder- bzw. Ausgleichsposten wieder neutralisiert).	

Es ergibt sich zunächst ein Jahresfehlbetrag 2011 von 1.440.307,28 €.

Dieses Ergebnis beinhaltet die Abschreibung und Anlagenabgänge des nicht geförderten Bereichs mit 1.219.671,12 €, die der Eigenbetrieb nicht über Erlöse erwirtschaften kann. Entsprechend dem Beschluss des Kreistags vom 1.3.1982 wird deshalb diese Abschreibung des nichtgeförderten Bereichs im Folgejahr gegenüber der Kapitalrücklage ausgebucht. Ein verbleibender Fehlbetrag von 220.636,16 € wird zur Abdeckung aus dem Kreishaushalt 2013 vorgemerkt.

Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sind als Anlage 2 beigefügt.